

Batliner und Gopp: «Wir haben konkrete liechtensteinische Fragen gestellt»

Interview Abgeordnete der FBP-Fraktion haben ein Postulat eingereicht, das die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die AHV-Renten, auf die Finanzierung der Pflege und Betreuung älterer Mitmenschen, allgemein auf soziale Institutionen sowie auf die öffentlichen Finanzen darstellen soll.

VON GÜNTHER MEIER

Manfred Batliner, am 27. März haben Sie zusammen mit Fraktionskollegen ein Postulat eingereicht, das sich mit der Bevölkerungsentwicklung sowie der künftigen Finanzierung der Sozialwerke und der Altenbetreuung beschäftigt. Am 3. April hat Regierungschef Klaus Tschütscher bekannt gegeben, dass die Generationenbilanz von 2007 aktualisiert werde. Handelt es sich um das gleiche Problem oder sind das zwei verschiedene Dinge?

Manfred Batliner: Die Thematik geht in die gleiche Richtung, nur mit dem Unterschied, dass wir konkrete liechtensteinische Fragen gestellt haben. Ich bin froh, dass der Regierungschef unmittelbar nach unserer Eingabe die Generationenbilanz in Auftrag gegeben hat.

Rainer Gopp, die Regierung unter Regierungschef Otmar Hasler hat 2007 eine Generationenbilanz erstellen lassen. Es scheint, diese Zukunftsperspektive sei schnell in der Versenkung verschwunden. Haben Sie deshalb das Postulat im Landtag eingereicht?

Rainer Gopp: Nein, das ist nicht der Grund für das Postulat. Aber die Generationenbilanz 2007 prognostizierte bereits langfristig eine Lücke von rund 40 Prozent beim Staatshaushalt und bei den Sozialversicherungen, wenn nicht Gegensteuer gegeben wird. Der Eindruck, dass seit der Veröffentlichung dieser Generationenbilanz nicht viel passiert ist, stimmt allerdings. Vom demografischen Wandel sind alle Staaten betroffen - und das ist schon viele Jahre bekannt. Im Unterschied zu Liechtenstein aber haben etwa die skandinavischen Länder bereits in den 1980er-Jahren begonnen, sich mit dieser Herausforderung zu beschäftigen. Die Regierung schreibt in ihrer Pressemitteilung, dass das Management für die kommenden Veränderungsprozesse verbessert werden soll. Wir sind der Auffassung, dass diese Veränderung schon länger in vollem Gange ist und dass es höchste Zeit wäre, gezielt und fundiert zu agieren.

Schon im Zusammenhang mit der AHV ist von einer enkeltauglichen Politik die Rede gewesen. Nun spre-

FBP-Termin

Realschule Schaan - wie weiter?

SCHAAN Der Landtag hat am 21. März 2012 beschlossen, den Schulstandort St. Elisabeth Schaan aufzulösen. Ist diese Entscheidung endgültig? Welches sind die Konsequenzen für die Schülerinnen und Schüler der Realschule Schaan? Diese und andere Fragen beschäftigen die Einwohnerinnen und Einwohner. Die FBP Schaan lädt darum zu einem Informationsabend am Montag, den 30. April, um 19 Uhr ins Restaurant Rössle Schaan ein. Auf viele interessierte Besucher freut sich die FBO-Ortsgruppe Schaan.

FBP
LIECHTENSTEIN

Aeulestrasse 56, 9490 Vaduz
Telefon: 237 79 40;
Fax: 237 79 49
www.fbp.li



Die FBP-Landtagsabgeordneten Manfred Batliner und Rainer Gopp im Interview: «Wir sind der Auffassung, dass man diese brennenden Fragen nach der Zukunft und Zukunftssicherung heute stellen muss.» (Foto: ZVG)

chen Sie von einem enkeltauglichen Liechtenstein. Was fordern Sie ein, damit Liechtenstein enkeltauglich wird?

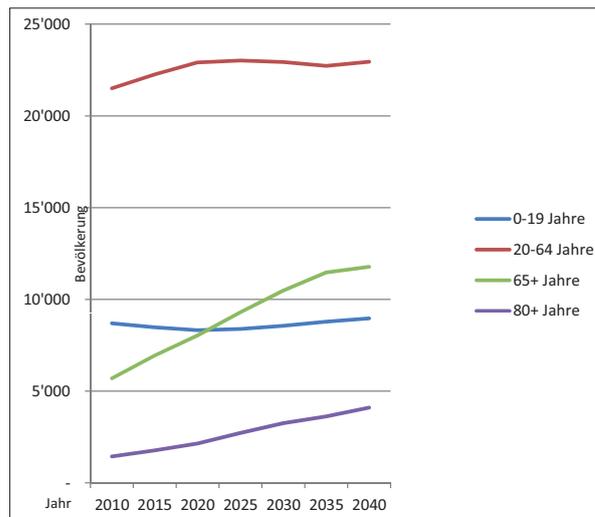
Batliner: Es ist eine tolle Sache, dass wir immer älter werden dürfen. Nun geht es darum, die Finanzen so zu gestalten, dass wir unseren Kindern und Enkelkindern die liechtensteinischen Wettbewerbsvorteile erhalten. Unsere Nachkommen werden einem härteren Wettbewerb ausgesetzt sein als wir es heute sind. Deshalb möchte ich nicht, dass wir ihnen die Reserven abbauen.

Als Zeithorizont schwebt Ihnen beim Postulat die Entwicklung bis ins Jahr 2040 vor. Ist das nicht etwas zu anspruchsvoll, fast drei Jahrzehnte voraus zu planen?

Gopp: Ich finde das nicht zu anspruchsvoll, denn das Zahlenmaterial, das massgebend ist für diesen Zeitraum, ist bekannt. Wir wissen heute schon, wer 2040 das Pensionsalter erreicht. Aus diesem Grund ist die langfristige Sicht zentral, um überhaupt die richtigen Massnahmen einleiten zu können, die für die Erhaltung von guten Rahmenbedingungen für die kommende Generation notwendig sind. Wichtig erscheint uns, wie wir das im Postulat fordern, dass die Entwicklung in Fünf-Jahres-Schritten aufgezeigt wird. Damit sieht man die Entwicklung und es können Massnahmen für einen überschaubaren Zeitraum in die Wege geleitet werden.

Über den Daumen gepeilt könnte die Situation im Jahre 2040 so ausschauen, dass mehr Menschen in unserem Land die Pension geniessen als auf der Seite des Erwerbslebens stehen. Was schlagen Sie vor, damit beide Seiten auf Ihre Rechnung kommen?

Batliner: Wenn man bis zu einem Drittel des Lebens in der Pension ist, dann wird das schwierig zu finanzieren sein. Es gibt dafür keine Patentrezepte. Für Veränderungen, zum Beispiel des Pensionsalters, muss sich die Bevölkerung mehr als zehn Jahre vorbereiten können. Deshalb benötigen wir die Diskussion in der Politik und mit der Bevölkerung, um Entscheidungen fällen zu können. Mit den Postulatsfragen wie auch der Generationenbilanz werden wir die heutige



Die Herausforderungen für Liechtenstein kann man in dieser Grafik erkennen. Im Vergleich 2010 zu 2030 verdoppelt sich die Bevölkerungsanzahl der Gruppe 65+ auf nahezu 11000 Personen. Das Verhältnis der Erwerbsbevölkerung zur Rentenbevölkerung beträgt 4:1 im Jahre 2010, im Jahre 2030 nur noch 2:1.

gesetzliche Regelung in die Zukunft abbilden können. Daraus können wir die Ziele ableiten. Die grosse Herausforderung ist, die optimalsten Lösungswege einzuschlagen.

Wer über die Zukunft bis 2040 redet, darf nicht nur die Sozialpolitik im Auge haben, sondern muss sich auch mit der Wirtschaft beschäftigen. Enthält das Postulat auch Fragen zur Wirtschaft? Was wollen Sie in Erfahrung bringen?

Gopp: Wir wollen mit dem Postulat in Erfahrung bringen, was die Wirtschaft und was der Staat dazu beitragen muss, um gerade die Herausforderungen für Arbeitsmarkt und -umfeld aktiv anzugehen. Von der Regierung erwarten wir Antworten auf Fragen nach künftigem Pensionsalter und den Frührentenleistungen und wie damit zusammenhängend mit einer zunehmend älteren Bevölkerung umgegangen werden soll. International ist bekannt, dass der Fachkräftemangel aufgrund der künftigen Bevölkerungsstruktur zunehmen wird, womit der Druck auf die Unternehmen weiter wachsen wird.

Heute liegt das AHV-Alter bei 64 Jahren. Müssen künftige Generationen damit rechnen, länger arbeiten zu müssen? Würde es nicht heute schon Sinn machen, das Rentenalter flexibler zu gestalten?

Batliner: Belassen wir die heutige Situation, dann werden wir unseren Kindern und Enkelkindern die Reserven abbauen. Die AHV wurde 1954 durch eine knappe Mehrheit in der Bevölkerung eingeführt. Aus heutiger Sicht ist die AHV eine Jahrhundertfindung und eine lebensnotwendige Grundversicherung geworden. Nun liegt es an uns, diesem Projekt eine enkeltaugliche Zukunft zu erhalten. Wir haben mit der Frührentenleistung heute schon das flexible Rentenalter. Ich denke, dass künftige Generationen länger arbeiten müssen. Die Wirtschaft sollte bzw. muss der Erwerbsbevölkerung Teilzeitbeschäftigungsmodelle anbieten. Natürlich müssen die erfahrenen «Älteren» ihr Lohndenken nach unten korrigieren, weil anderweitig die Wirtschaft aus Kostengründen die jungen Berufsleute bevorzugen wird.

Rainer Gopp, Sie haben eine Beratungsfirma. Raten Sie einem Unternehmen eher zur Einstellung von jungen Leuten, damit die Jugendarbeitslosigkeit tief gehalten wird oder raten Sie zur Einstellung von erfahrenen Mitarbeitern, die bereit sind, weiter als bis zum gesetzlichen Rentenalter im Arbeitsprozess zu bleiben?

Gopp: Bei den Unternehmen wird ein Umdenkungsprozess stattfinden müssen, denn international setzt sich die Ansicht durch, dass Unternehmen, welche den demografischen Wandel aktiv angehen, gewisse Marktvorteile haben. Auf der anderen Seite braucht es für die Zukunft gut ausgebildete Nachwuchskräfte, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, junge Fachkräfte fast vollumfänglich importieren zu müssen. Es braucht also beides: Die Jungsenioren aufgrund ihres Erfahrungswissens, die jüngeren Arbeitskräfte für die Sicherung der Unternehmen. In dieser Hinsicht werden zwangsläufig auch neue Arbeitsmodelle entwickelt werden müssen, die beiden Seiten entgegenkommen.

Das FBP-Postulat hat eine Menge von Fragen. Haben Sie nicht Angst, die Regierung und die Verwaltung damit zu überfordern?

Gopp: Wenn die Regierung eine Generationenbilanz in Auftrag gegeben hat, nehme ich an, dass dort ähnliche Fragen vorhanden sind. Wir sind der Auffassung, dass man diese brennenden Fragen nach der Zukunft und Zukunftssicherung heute stellen muss. Ohne zu wissen, welche Herausforderungen uns erwarten, kann man keine gezielten Massnahmen ergreifen.

Batliner: Wir können zuwarten und uns das Problem vor den Kopf stossen lassen oder wir versuchen, ausgewogene und intelligente Weichenstellungen vorzunehmen. Die Frage der Überforderung löst keine Probleme. Die Frage ist, ob wir unseren Kindern und Enkelkindern eine gleichwertige Ausgangslage für ihre Zukunft erhalten möchten, wie sie die heutige Generation vorgefunden hat. Viele europäische Staaten leben auf der Schuldenbasis. Würden wir dieser Problematik ausgesetzt, dann wäre die Erfolgsgeschichte Liechtenstein zu Ende.